

617614-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Installation von Sanitäreinrichtungen – Erweiterung der Berufsschule München Land mit Neubau einer Sporthalle und Wohnungen VE401- Sanitäranlagen

OJ S 173/2026 08/09/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt München - Zentrale Vergabestelle und Einkauf

E-Mail: beschaffungsstelle@lra-m.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erweiterung der Berufsschule München Land mit Neubau einer Sporthalle und Wohnungen VE401- Sanitäranlagen

Beschreibung: Gewerk Sanitäranlage: • Schmutzwasserleitungen – PP einschl. Dämmung • Fettabscheider • Hebeanlagen • Trinkwasserleitungen – Edelstahl einschl. Dämmung • Enthärtungsanlage • Warmwasserbereitung zentral (Küche) • Warmwasserbereitung Frischwasserstationen (Duschen) • Sanitärgegenstände mit den Hauptmassen: • Abwasserleitungen – ca. 1.400 m • Fettabscheider – 1 Stck • Hebeanlagen – 2 Stck • Enthärtungsanlage - 1 Stck • Trinkwasserleitungen – ca. 3.000 m • Warmwasserbereitung zentral – 2 Stck • Warmwasserbereitung dezentral (Frischwasserstationen) – 24 Stck • Sanitärgegenstände – ca. 180 Stck

Kennung des Verfahrens: 77903128-688a-4c25-a494-3c8a91b05d2c

Interne Kennung: 26/7-BML_VE401

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45332400 Installation von Sanitäreinrichtungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45332200 Wasserinstallationsarbeiten, 45332300 Verlegen von Abwasserleitungen, 45330000 Installateurarbeiten

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Graf-Lehndorff-Straße 28

Stadt: München

Postleitzahl: 81929

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Fragen zu den Vergabeunterlagen und/oder Vergabeverfahren können nur von auf der Vergabepattform registrierten Bewerbern gestellt werden. Fragen, die

nicht spätestens 11 Kalendertage vor Angebotseröffnung eingehen, werden nicht mehr beantwortet. - - - - Bitte beachten Sie, dass die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren ausschließlich über die genannte Vergabepattform abgewickelt wird. Das gilt auch für die Kommunikation nach Ablauf der Angebotsfrist, z.B. zum Zweck der Nachforderung von Unterlagen oder Aufklärung. Da in diesem Zusammenhang Fristen gesetzt werden können, die im Fall der Nichteinhaltung den Ausschluss bedingen, obliegt es den Bietern, sich stets tagesaktuell darüber zu informieren, ob entsprechende Mitteilungen per E-Mail eingegangen sind. Registrierte Bewerber/Bieter erhalten eine Benachrichtigung über solche Mitteilungen. Die Verantwortung, auf solche Benachrichtigungen rechtzeitig zu reagieren, liegt ausschließlich beim Bewerber/Bieter. Dazu gehört auch die regelmäßige Überprüfung des SPAM-Ordners. - - - - Der Bieter hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung Bezug Russland" (L127) auszufüllen und als Teil des Angebotes abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. - - - - Die Bindefrist wurde auf den 18.12.2026 festgelegt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: ---

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB - - -

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 Abs. 1 Nr. 3 bzw. Nr. 2 GWB - - - Betrug:

§123 Abs. 1 Nr. 4 bzw. 5. GWB - - - Bestechlichkeit: §124 Abs. 1 Nr. 6 bis 9 - - - Kinderarbeit

und andere Formen des Menschenhandels: § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB - - - Verstoß gegen die

Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung: §

123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1, GWB - - - Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur

Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB - - - Verstoß gegen umwelt-, sozial-

oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB - - - Zahlungsunfähigkeit,

Eröffnung Insolvenzverfahren oder vergleichbare Lage: § 124 Abs. 1 Nr. 2 - - - Einstellung der

gewerblichen Tätigkeit: § 124 Abs. 1 Nr. 2GWB - - - Schwerwiegendes berufliches

Fehlverhalten: § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB - - - Wettbewerbsbeschränkendes Verhalten: § 124

Abs. 1 Nr. 4 GWB - - - Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem

Vergabeverfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB - - - Direkte oder indirekte Beteiligung an der

Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB - - - Vorzeitige Beendigung,

Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB - - - Falsche

Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen

vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: § 124 Abs.

1 Nr. 8 bzw. 9 GWB - - - Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen

verankerten Verpflichtungen: § 124 Abs. 2 GWB (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, §

21 SchwarzArbG) - - - - Eine Erklärung darüber, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123

und 124 GWB vorliegen bzw. eine Zahlungsunfähigkeit ist als Eigenerklärung abzugeben. Für

nicht präqualifizierte Bieter ist für die Angabe das Formblatt 124 "Eigenerklärung zur Eignung"

zu verwenden. Die Vergabestelle behält sich vor, vor Zuschlagserteilung die entsprechenden

gültigen bzw. aktuellen Bestätigungen mit einer angemessenen Fristsetzung anzufordern: - - -

- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines

solchen Insolvenzplanes angegeben wurde) - - - - Unbedenklichkeitsbescheinigung der

tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist - - - -

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt - - - - - Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz - - - - - qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen - - - - - Vorname, Name, Geburtsdatum und Geburtsort aller Geschäftsführer und Prokuristen - - - - - Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung. - - - - -

Bescheinigungen, die mit einem Gültigkeitsdatum versehen sind, müssen im Zeitpunkt der Einreichung gültig sein, andere Nachweise sollten in der Regel ein Ausstellungsdatum aufweisen, das nicht älter als 6 Monate zum Zeitpunkt der Einreichung ist. - - - - - Hinsichtlich der Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Sozialversicherungsbeiträge kann auch von präqualifizierten Unternehmen grundsätzlich eine zusätzliche Bescheinigung verlangt werden. Sind geforderte Nachweise im Präqualifikationsverzeichnis nicht hinterlegt oder deckt die Präqualifizierung nicht die ganze Leistung ab, behält sich der Auftraggeber vor, auch von präqualifizierten Unternehmen entsprechende Nachweise und Erklärungen auf gesondertes Verlangen anzufordern.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erweiterung der Berufsschule München Land mit Neubau einer Sporthalle und Wohnungen VE401 - Sanitäranlagen

Beschreibung: Gewerk Sanitäranlagen: • Schmutzwasserleitungen – PP einschl. Dämmung • Fettabscheider • Hebeanlagen • Trinkwasserleitungen – Edelstahl einschl. Dämmung • Enthärtungsanlage • Warmwasserbereitung zentral (Küche) • Warmwasserbereitung Frischwasserstationen (Duschen) • Sanitärgegenstände mit den Hauptmassen: • Abwasserleitungen – ca. 1.400 m • Fettabscheider – 1 Stck • Hebeanlagen – 2 Stck • Enthärtungsanlage - 1 Stck • Trinkwasserleitungen – ca. 3.000 m • Warmwasserbereitung zentral – 2 Stck • Warmwasserbereitung dezentral (Frischwasserstationen) – 24 Stck • Sanitärgegenstände – ca. 180 Stck
Interne Kennung: 26/7-BML_VE401

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45332400 Installation von Sanitäreinrichtungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45332200 Wasserinstallationsarbeiten, 45332300 Verlegen von Abwasserleitungen, 45330000 Installateurarbeiten

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es ist beabsichtigt, die Instandhaltung/Wartung der Anlagen nach der VOB-Abnahme zu beauftragen. Der Auftragnehmer ist bis zum Ablauf von 3 Monaten nach der Übernahme der Anlage durch die hausverwaltende Dienststelle verpflichtet, aufgrund seines Angebotes mit dieser einen Wartungsvertrag abzuschließen. Der Vertrag wird dann für 4 Jahre abgeschlossen und kann seitens des Bauherrn um 1 +1 Jahr verlängert werden. Es besteht seitens des AN kein Anspruch auf die Beauftragung sowie die Verlängerung des Wartungsvertrags.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Graf-Lehndorff-Straße 28

Stadt: München

Postleitzahl: 81929

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 464 Tage

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# - - - - - Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, sind die im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ angegebenen Bescheinigungen (Referenznachweise / Durchschnittliche Anzahl der Arbeitskräfte der letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahre gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem technischen Leitungspersonal / Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der IHK) und wenn in der Bekanntmachung gefordert ein Nachweis über eine Berufliche Risikohaftpflichtversicherung innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen. Gelangt das Angebot eines präqualifizierten Unternehmens in die engere Wahl, hat das Unternehmen zusätzlich die konkret angegebenen Bescheinigungen innerhalb von max. 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen, soweit die Prüfung der Vergabestelle ergibt, dass die im Präqualifikationsverzeichnis hinterlegten Unterlagen die beschriebenen Anforderungen qualitativ und/oder quantitativ nicht oder nicht ausreichend belegen. - - - - Bei Bietern außerhalb Deutschlands sind die geforderten Unterlagen/Bescheinigungen in vergleichbarer Form vorzulegen, so dies in dem Staat, in dem der Bieter niedergelassen ist, nach den Rechtsvorschriften vorgesehen ist. - - - - Stützt sich ein Bewerber /Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, ist die jeweilige im Präqualifikationsverzeichnis oder sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „124 - Eigenerklärung zur Eignung“ oder der EEE auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Werden die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 6d EU Absatz 1 VOB/A in Anspruch genommen, so muss gemäß § 6d EU Absatz 3 VOB/A die Nachweisführung entsprechend den geforderten Nachweisen auch für diese Unternehmen erfolgen. Gemäß § 6d EU Absatz 1 Satz 5 VOB/A hat der Bieter die Möglichkeit, andere Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter in Anspruch genommen hat, einmal zu ersetzen, wenn dieses Unternehmen einschlägige Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder bei dem Ausschlussgründe gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 5 VOB/A vorliegen. - - - - Auf gesondertes Verlangen sind für Nachunternehmer/andere Unternehmen Nachweise zur Eignung (PQ-Nummer oder Eigenerklärung nach Formblatt 124 sowie entsprechende Nachweise) sowie eine Verpflichtungserklärung (Formblatt 236) abzugeben. - - - - - - - - - - Sofern sich Bietergemeinschaften beteiligen, ist zusätzlich eine Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot vorzulegen. Bei Beteiligung einer Bietergemeinschaft ist von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft eine unterschriebene Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung im Auftragsfall unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters einzureichen. Die bisher genannten Darstellungen sind in diesem Fall von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. - - - - Ergänzende Angaben zu den Ausführungsfristen (§5 VOB/B): Mit der Ausführung ist zu beginnen innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B).

Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zur KW16-2027 zugehen; Vorlage prüffähige Werk- und Montageplanung bis spätestens 60 Tage nach Auftragserteilung; Ihr Auskunftsrecht gem. §5 Abs. 2 Satz 1 VOB/B bleibt. Die Leistung ist zu vollenden (abnahmefertig zu stellen) innerhalb von 464 Werktagen nach vorstehender Frist für den Ausführungsbeginn.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eignung zur Berufsausübung: Der Bieter hat die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder die Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes vorzulegen, soweit er zur Eintragung verpflichtet ist. - - - Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den Vergabeunterlagen beigelegt und ist unter [-https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27bde9-eu](https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27bde9-eu) - abrufbar.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe des Jahresumsatzes der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. - - - Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den Vergabeunterlagen beigelegt und ist unter <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27bde9-eu> - abrufbar.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angabe von mindestens 3 (drei) geeigneten vergleichbaren Referenzen über früher ausgeführte Leistungen in den letzten 5 (fünf) Kalenderjahren. Die Referenzen müssen die folgenden Angaben enthalten: Ansprechpartner mit Kontaktdaten des Referenzgebers; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum, stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheit der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung in Anlehnung an das Formblatt 444 Referenzbescheinigung. - - - Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den Vergabeunterlagen beigelegt und ist unter <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27bde9-eu> - abrufbar.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung, dass für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. - - - Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachgewiesen oder durch Eigenerklärung gem. Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den Vergabeunterlagen beigelegt und ist unter - <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av27bde9-eu> - abrufbar.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/10/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284b42-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284b42-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284b42-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 19/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß §16a EUAbs. 1 VOB/A wird der Auftraggeber, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachfordern.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 19/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Vorlage Formblatt L127 "Eigenerklärung Bezug Russland"

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß §160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach §134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung, oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. ----- § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach §135 Abs. 2 Satz 1 GWB. §134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. ----- Gemäß §135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach §135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden sind. ----- Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt München - Zentrale Vergabestelle und Einkauf

Registrierungsnummer: 09-0318253-95

Postanschrift: Joseph-Wild-Straße 20

Stadt: München

Postleitzahl: 81829

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf

E-Mail: beschaffungsstelle@lra-m.bayern.de

Telefon: +49 89 6221-1634

Fax: +49 89 6221-441634

Internetadresse: <http://www.landkreis-muenchen.de>

Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284b42-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: USt-ID DE811335517

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 89 2176-2411

Fax: +49 89 2176-2847

Internetadresse: https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber_uns/zentralezustandigkeiten/vergabekammer-suedbayern/

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b700e721-bd6f-4a7c-aea3-2a43a3bed4e1 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/09/2026 08:46:35 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 617614-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 173/2026

Datum der Veröffentlichung: 08/09/2026